

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD

zur Sammelübersicht 90 des Petitionsausschusses (2. Ausschuß)
über Anträge zu Petitionen
— Drucksache 11/3468 —

Der Bundestag wolle beschließen,

die Petition 2-11-09-7500-7308 der Bundesregierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Bonn, 7. Dezember 1988

Dr. Vogel und Fraktion

Begründung

Mit der Petition wenden sich rund 190 000 Bürgerinnen und Bürger an den Deutschen Bundestag, für umfassende Initiativen zur sozialen Neuordnung der Stahlindustrie zu sorgen. Sie befürchten, daß ganze Stahlstandorte ausgelöscht werden sollen. In den nächsten zwei Jahren ist beabsichtigt, mindestens 30 000 weitere Arbeitsplätze abzuschreiben, ohne daß für entsprechenden Ersatz an Arbeitsplätzen – und damit Arbeits- und Lebensmöglichkeiten für die betroffenen Städte – gesorgt wird. Deshalb fordern wir u. a. zur Überwindung der Stahlkrise folgende Sofortmaßnahmen:

- Einrichtung eines nationalen Stahlausschusses zur Erarbeitung eines Stahlkonzeptes,
- europäische Stahlpolitik mit fairen Wettbewerbsbedingungen, u. a. Einhaltung der EGKS-Mengenabsprachen,
- Einhaltung des Subventionskodexes und Forderung des Anpassungsprozesses durch ein „Zukunftsprogramm Montanregionen“,
- Verlängerung des Stahlstandorteprogramms,
- strukturpolitische Hilfen, Aufstockung von ABM-Mitteln, zukunftsorientierte Umschulung und Weiterbildung,
- Neuordnung des Länderfinanzausgleichs,
- Verwirklichung des Sondervermögens „Arbeit und Umwelt“,
- verstärkte Nutzung von ERP-Mitteln und Erarbeitung eines Anpassungskonzeptes für die Stahlunternehmen.

Die bisher durch die Bundesregierung eingeleiteten und vereinbarten Maßnahmen reichen nicht aus, um den Forderungen der Petenten gerecht zu werden. Deshalb fordern wir, daß diese Petition der Bundesregierung und dem Bundesminister für Wirtschaft zur Berücksichtigung überwiesen wird.